

Gemeinde Senden

Der Bürgermeister

48308 Senden, 15. Dez. 2022

Sitzung des Rates der Gemeinde Senden am 15. Dez. 2022;

TOP Ö 24 Haushaltsplan der Gemeinde Senden für das Jahr 2023;

Einbringung des Entwurfs der Haushaltssatzung für das Jahr 2023

Sehr geehrte Damen und Herren!

Als ich vor einem Jahr den Haushaltsplanentwurf 2022 an dieser Stelle eingebracht habe, habe ich davon gesprochen, dass sich an der Grenze zur Ukraine russische Truppen sammeln und mit den Säbeln rasseln.

Am 24. Februar ist hieraus ein durch Putin angezettelter brutaler Krieg auf die Ukraine erwachsen, der sich mit all seinen bitteren Folgen, insbesondere für die Menschen vor Ort, leider bis heute fortsetzt. Dieser Krieg inmitten Europas hat alles auf den Kopf gestellt. Unser Bundeskanzler Olaf Scholz sprach gar von einer „Zeitenwende“, und dieser selten treffende Begriff ist wohl in dieser Krise zweifelsohne angebracht.

Die Corona-Pandemie mit ihren wirtschaftlichen Folgen ist noch nicht überstanden, da überlagert dieser Krieg alle Entwicklungen und stellt uns in Europa – aber auch ganz konkret hier vor Ort – vor neue große Herausforderungen. Zeigt er doch zugleich, wie abhängig wir von ausländischer und fossiler Energie geworden sind. Nie war die Dringlichkeit der Energiewende in Deutschland spürbarer als jetzt, da es nicht nur um die Bekämpfung des Klimawandels, sondern auch um die eigene Versorgungssicherheit in Deutschland und Europa geht.

Der Despot im Kreml nutzt russisches Gas und Öl sowie die ukrainischen Flüchtlinge als Waffe gegen das geeinte Europa. Der Raketenbeschuss auf Infrastrukturen der Energieversorgung ist ein weiteres perfides Kriegsverbrechen Russlands, um die Ukrainer und Europäer in die Knie zu zwingen. Putin treibt mit eiskaltem Kalkül die Energiepreise sowie die Sozialausgaben in Europa, Deutschland und in NRW in die Höhe und nicht nur seine eigene Wirtschaft in eine tiefe Rezession. Erstmals seit Gründung der Bundesrepublik besteht die Gefahr einer möglichen Stagflation – also einer steigenden Inflation bei Eintritt einer wirtschaftlichen Rezession.

Innerhalb von nur wenigen Monaten ist die bisherige gemeindliche Finanzplanung für das Jahr 2023 null und nichtig. Im März 2022 haben wir noch ein Jahresergebnis für 2023 in der Finanzplanung von rd. -1,1 Mio. Euro prognostiziert. Der jetzige Haushaltsplanentwurf, kein Dreivierteljahr später, weist ein geplantes Defizit von rd. 5,3 Mio. Euro aus.

Aber ich sage es ganz deutlich: es steht viel mehr auf dem Spiel als ein ausgeglichener Haushalt. Hier geht es um die Bewahrung von Freiheit und Demokratie in Europa. Es geht um internationale Solidarität und eine europäische Geschlossenheit gegen einen völkerrechtswidrigen Krieg in unserer Nachbarschaft. Das sind sehr hohe und erstrebenswerte Ziele und Werte, die es zu verteidigen gilt. Und daher sind die finanziellen Folgen für unseren Haushalt zwar erheblich, aber eben leider auch alternativlos, wenn man nicht rückgratlos vor dem Recht des Stärkeren kapitulieren will.

283 geflüchtete Menschen aus der Ukraine leben heute in Senden. Sie verbringen das Weihnachtsfest und den Jahreswechsel fernab von ihrem Zuhause und vielfach auch getrennt von ihren Angehörigen. Ihnen und der gesamten Ukraine gehört unsere vollste Solidarität.

Darüber hinaus sind weitere 55 Flüchtlinge aus anderen Staaten in diesem Jahr in unserer Gemeinde aufgenommen worden. Die Unterbringungssituation ist sehr angespannt. Und diese außerordentliche Situation konnte nur aufgrund der großen Hilfsbereitschaft der Bevölkerung und durch engagierte Ehrenamtliche sowie Bedienstete der Verwaltung bewältigt werden. Leider ist mit Beginn des Winters mit weiteren Flüchtlingsströmen zu rechnen, auf die wir uns vorbereiten müssen.

Natürlich haben diese Entwicklungen direkte Auswirkungen auf den Gemeindehaushalt. Dieses betrifft die kommunale Familie insgesamt, also die Haushalte der Städte und Gemeinden, der Kreise und auch der Landschaftsverbände. Positiv in Senden ist jedoch die verhältnismäßig gute Ausgangsposition aufgrund der unerwartet guten Entwicklung der letzten Jahre. Durch die positiven Abschlüsse der Jahre 2020 (+3,0 Mio. Euro), 2021 (+3,3 Mio. Euro) und erwartet auch für das lfd. Jahr 2022 (+ rd. 4,0 Mio. Euro) kann die Ausgleichsrücklage auf rd. 15,9 Mio. Euro zu Beginn des kommenden Jahres aufgestockt werden. Sie liegt damit um rd. 8,2 Mio. Euro über dem Anfangsbestand 2009 (zum Zeitpunkt der Umstellung auf das NKF) und um rd. 12,4 Mio. Euro über dem historischen Mindeststand aus Anfang 2016 in Höhe von rd. 3,5 Mio. Euro. Die liquiden Mittel (auf den Bankkonten der Gemeinde) dürften zum Ende dieses Jahres rd. 20,5 Mio. Euro betragen. Damit bestehen Rücklagen, die Zeit für notwendige Konsolidierungsmaßnahmen geben.

Zum eingebrachten Haushaltsentwurf:

Der Ergebnisplan schließt mit einem prognostizierten Ergebnis von -5,3 Mio. Euro ab. Noch nicht berücksichtigt sind buchhalterische Verbesserungen aufgrund des NKF-CUIG. Hiernach besteht die Verpflichtung Mindererträge sowie Mehraufwendungen, die (noch) auf die Corona-Pandemie sowie auf Folgen aus dem Ukrainekrieg zurückzuführen sind, im

Haushalt zu isolieren. Da diese Werte auch aufgrund der Kurzfristigkeit dieser neuen Bilanzierungshilfe noch nicht beziffert werden können, wird dieser Posten noch im Laufe des Haushaltsberatungsverfahrens durch die Kämmerei nachgeliefert werden. Jedoch geht bekanntlich hiermit ausschließlich eine Verbesserung „auf dem Papier“ einher.

Was sind die wesentlichen Gründe für diese Verschlechterungen?

1. Die Schlüsselzuweisungen gehen gegenüber dem Vorjahr um rd. 2,3 Mio. Euro zurück. Dieses ist vorrangig auf die hohen Gewerbesteuererinnahmen in der Referenzperiode des 2. Halbjahres 2021 sowie des 1. HJ 2022 für das GFG 2023 zurückzuführen.
2. Die Umlagen an Kreis und LWL steigen. In der Finanzplanung wurde noch ein Wert von rd. 14,4 Mio. Euro angenommen, tatsächlich sieht der Planentwurf nun eine Verschlechterung um rd. 900.000 Euro auf 15,3 Mio. Euro vor.
Der Kreistag hat am 07.12.2022 den Kreishaushalt mit gegenüber der Einbringung verringerten Hebesätzen verabschiedet. Im Ergebnis wird hier ein positiver Effekt von rd. 250.000 Euro für die Gemeinde Senden erwartet, welcher hierin noch nicht enthalten ist.
3. In Summe steigen die Energieaufwendungen von 2022 nach 2023 für die kommunalen Liegenschaften sowie die Straßenbeleuchtung um voraussichtlich rd. 1,1 Mio. Euro an. Da hierbei bereits eine Verbrauchsreduzierung um 20% berücksichtigt wird, ist dieses allein auf die gestiegenen Preise für Gas und Strom zurückzuführen.

Viele Ausgaben der Verwaltung steigen zudem aufgrund der allgemeinen Preissteigerungen. Ein großer Anteil entfällt dabei auf die sogenannten Transferaufwendungen, die ebenfalls um rd. 1,1 Mio. Euro bzw. 5,6% gegenüber dem Vorjahr angestiegen sind. Neben den freiwilligen Leistun-

gen, die die Gemeinde als Zuschüsse u. a. an Vereine und Verbände gewährt, zählen hierzu eben auch pflichtige Transferaufwendungen, wie z. B. Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Jetzt könnte ich Ihnen „positiv verkaufen“, dass ich heute den gemeindlichen Haushalt mit den höchsten Sozialleistungen sowie den höchsten freiwilligen Leistungen präsentiere. Einen Großteil dieser Leistungen finden Sie aber nicht unmittelbar in diesem Haushalt, sondern über die deutlich gestiegenen Umlagen beim Kreis und Landschaftsverband in deren Haushalten, im Wesentlichen finanziert durch die kommunale Ebene.

Viele der negativen Einflüsse auf diesen Haushalt können von kommunaler Ebene kaum beeinflusst werden. Zudem ist die Planung aufgrund der anhaltenden Dynamik mit hohen Unsicherheiten und Risiken verbunden. In Krisenzeiten fokussieren wir den Blick dabei zwangsläufig auf kurzfristige Handlungserfordernisse.

Katastrophenschutz

Der Katastrophenschutz und die kommunale Vorsorge vor möglichen Stromausfällen, Cyber-Angriffen oder Extremwetterereignissen rücken in den Vordergrund und finden auch in diesem Haushalt Berücksichtigung. Hierzu zählen u. a. die Ausweitung des Sirennetzes (100.000 Euro), die Anschaffung von weiteren Notstromaggregaten (90.000 Euro), Hard- und Software für die Feuerwehr (20.000 Euro) sowie eine zusätzliche 0,25-Stelle (durch Stundenaufstockung) im Ordnungswesen für den Bereich Katastrophenschutz.

Flüchtlinge

Hinzu kommen Ansätze für die zusätzliche Anmietung oder den Ankauf von Immobilien für die Flüchtlingsunterbringung. Für Alltagsbetreuung und Hausmeistertätigkeiten für die Flüchtlingsunterkünfte werden befristet

0,75 Stellen geschaffen. Um diese Menschen besser in den Arbeitsmarkt integrieren zu können, sind 2,5 Stellen im sog. „Case-Management“ vorgesehen, die sich die Südkreiskommunen Ascheberg, Lüdinghausen, Nordkirchen, Olfen und Senden teilen. Auch diese Stellen sind zunächst für zwei Jahre befristet und werden größtenteils vom Land finanziert.

Personalbudget

Der Personalhaushalt ist trotz der multiplen Krisensituation knapp bemessen und die Personalintensität sinkt von 20,3% auf 19,9%. Die Personalaufwendungen steigen gegenüber dem Vorjahr lediglich um rd. 1,7%. Diese geringe Steigerung ist auch auf einen einmaligen Rückgang bei den Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen (-203.400 Euro) zurückzuführen. Insgesamt wird eine Tarifierhöhung ab dem 01.04.2023 um 4% berücksichtigt. Ob diese anhand der aktuellen Forderung der Gewerkschaft (10,5%) zu halten sein wird, bleibt abzuwarten.

(Weitere Informationen zum Personalbudget finden Sie im Vorbericht des Haushalts auf den Seiten 58 bis 60).

Finanzplan / Investitionen

Neben dem Defizit im Ergebnisplan weist der Finanzplan einen noch höheren Zuschussbedarf aus. So wird für das Jahr 2023 auch aufgrund der hohen Investitionsausgaben in Höhe von rd. 16,3 Mio. Euro ein Finanzmittelrückgang von rd. 9,4 Mio. Euro angenommen. Auch die Finanzplanungsjahre 2024 bis 2026 sind von sehr hohen Investitionsansätzen (2024: 19 Mio. Euro; 2025: 17,1 Mio. Euro; 2026: 15,5 Mio. Euro) bei zugleich (unverändert) hohen Energieausgaben geprägt, sodass über diese drei Jahre insgesamt 10 Mio. Euro (!) Kreditaufnahmen eingestellt sind.

ISEK

Mit zunehmender Abarbeitung der ISEK-Maßnahmen entfallen nur noch 8% der Investitionsausgaben im kommenden Jahr auf dieses Programm. Konkret ist der bauliche Lückenschluss auf der südlichen Münsterstraße zwischen dem Alten Zollhaus und der Einmündung Bakenstraße im kommenden Jahr geplant (900.000 Euro). Für die Jahre 2024 und 2025 ist die Umsetzung der letzten Bauabschnitte der nördlichen Herrenstraße bis zum Minikreisel an der Gartenstraße sowie des Biete-Innenhofes (Platz- und Grünflächengestaltung) veranschlagt.

Da die untere Herrenstraße sowie der Platz vor dem DM-Markt und der Sparkasse noch in diesem Jahr fertiggestellt werden, kann passend zum Jahreswechsel der Verkehrsversuch „Fußgängerzone Herrenstraße“ gestartet werden. Die neuen Flächen bieten Aufenthaltsqualität, die die gemeindliche Wirtschaftsförderung auch durch die An- und Weitervermietung von Ladenlokalen und die Anschaffung mobiler Stadtbegrünungselemente erhalten und ausbauen will. Hierfür stehen Fördermittel aus dem „Sofortprogramm zur Stärkung der Innenstädte“ zur Verfügung.

Wohnbauliche Entwicklung

Im Baugebiet „Wienkamp“ sind die Hochbauarbeiten im vollen Gange und die bis zu 40 Wohneinheiten werden wohl im kommenden Jahr überwiegend bezogen. Für das 19 ha große Baugebiet „Huxburg“ ist die Vermarktung der gemeindlichen Grundstücke für Einzel- und Doppelhäuser weitestgehend abgeschlossen. Der erste Bauabschnitt ist in diesem Monat freigegeben worden, die Abschnitte 2 und 3 folgen voraussichtlich im Frühjahr und Sommer. Insgesamt wird damit kalkuliert, dass rd. 270 Wohnungen in Einzel-, Doppel- und Reihenhäusern sowie rd. 320 Wohnungen in Mehrfamilienhäusern entstehen können.

Im Haushalt finden sich neben weiteren Ansätzen für die innere Erschließung auch Mittel für die Anlegung eines neuen Mobilitäts-HUB und für den Um- und Ausbau der B235 zwischen dem Kreisverkehr Mönkingheide und der Einmündung Sennekamp. Diese aufwendige Straßenbaumaßnahme mit Errichtung zusätzlicher Spuren und einer weiteren Signalanlage im Bereich der Zufahrt zum neuen Baugebiet wird in mehreren Abschnitten erfolgen und soll möglichst im Sommer 2023 beginnen.

Im Ortsteil Ottmarsbocholt werden aktuell die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Entwicklung eines neuen Wohnbaugebietes mit dem Arbeitstitel „Hörsken“ geschaffen. Mit einem ersten städtebaulichen Vorentwurf ist im kommenden Frühjahr zu rechnen. In der Finanzplanung sind für 2024 und 2025 Ansätze für die Erschließung des Gebietes veranschlagt. Auch weitere Nachverdichtungsprojekte, z. B. an der Ascheberger Straße, in der Kirchstraße und im Wohngebiet Sudendorp stehen zur Entscheidung und Planung an.

Auch im Ortsteil Bösensell ist vorgesehen, weitere Flächen u. a. wohnbaulich zu entwickeln. Die Gemeinde wird in diesem Prozess durch das Planungsbüro „De Zwarte Hond“ begleitet. Es wurden und werden Entwicklungsperspektiven untersucht, die im kommenden Jahr in entsprechende Bauleitplanverfahren führen sollen.

Kindertagesstätten

Die plötzliche Zuwanderung aus der Ukraine und anderen Staaten sowie die deutlich steigenden Anmeldequoten im U3-Bereich machen auch im KiTa-Bereich ggfs. weitere Anstrengungen erforderlich. Während die Kindergartenbedarfsprognose des Kreisjugendamtes im Herbst des letzten Jahres noch eine Entspannung und sogar freie Plätze in einigen Ortsteilen auswies, werden nun für das kommende Jahr wieder wachsende Bedarfe

vorausgesagt. Ob dieses in diesem Maße eintritt, wird von den aktuellen Anmeldezahlen abhängen, die gerade ausgewertet werden. In jedem Fall wird das Jugendamt in Zusammenarbeit mit der Verwaltung hierfür Lösungsvorschläge erarbeiten.

Die Lösung des in diesem Bereich sich immer stärker abzeichnenden Fachkräftemangels wird dahingegen eine schwierige und wohl auch andauernde Herausforderung bleiben.

Schulen

Um auf möglicherweise veränderte Bedarfe, auch aufgrund des Rechtsanspruchs auf einen Ganztagsplatz, rechtzeitig eingehen zu können, wurde die Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung um ein Jahr vorgezogen. Die Vorschläge des Büros „biregio“ wurden den Schulausschussmitgliedern in der Sitzung am 20.09.2022 vorgestellt. Während die Idee einer gemeinsamen Mensaeinrichtung im Schulpark auf große Zustimmung stieß, sollten zum Vorschlag der Erweiterung der Marienschule auf eine mögliche 4-Zügigkeit vorab Alternativen untersucht werden, die auch einen dritten Grundschulstandort im Ortsteil Senden mit betrachten. Ich befürworte die Untersuchung von Alternativen ausdrücklich. Allerdings sollten bei einer sachlichen Betrachtung sämtliche Untersuchungen und alle Vor- und Nachteile der einzelnen Szenarien auf den Tisch gehören und entsprechend gewürdigt werden. Natürlich sind dabei nicht alleine monetäre Aspekte zu berücksichtigen. Völlig ausblenden darf man diese jedoch auch nicht. Es gibt sicherlich Vor-, aber auch Nachteile, die mit einem möglichen dritten Schulstandort im Ortsteil Senden verbunden sind. Hier sollten sowohl die Belange der Schulleitungen als auch des Schulträgers mit in die politische Entscheidungsfindung einfließen, um eine möglichst optimale Lösung für alle unsere Schülerinnen und Schüler vor Ort zu finden, die sowohl der langfristigen demographischen Entwicklung als

auch modernen Ansprüchen an eine gute Bildung, gerade im Primarbereich, gerecht wird. Wenn wir uns gemeinsam auf diesen Weg und diese Ziele verständigen, dann glaube ich, dass wir diese sehr gute Lösung finden werden.

Aktuell sind bereits Investitionen im Produktbereich Schulen aufgrund der ersten Empfehlungen des Gutachters in Höhe von rd. 11,25 Mio. Euro im gemeindlichen Haushalt über die Jahre 2023 bis 2026 eingestellt. Im Einzelnen sind dieses:

- Mariengrundschule: 3,95 Mio. Euro (2023 – 2025)
- Bonhoefferschule: 2,7 Mio. Euro (2023 – 2026)
- Davertschule: 900.000 Euro (2025 – 2026)
- zentrale Campusmensa im Schulpark: 3,7 Mio. Euro (2023 – 2026)

Weitere Mittel werden außerhalb der Finanzplanung noch benötigt.

Darüber hinaus finden sich im Schulbudget weitere erhebliche Investitions- und Unterhaltungsansätze. Für Neu- und Ersatzbeschaffungen, insbesondere im Bereich der digitalen Bildung, sind 2023 rd. 675.000 Euro veranschlagt.

Unsere Kinder sollten es uns wert sein.

Bürgerpark / Skate- und Bikepark

Apropos Kinder: Ich bin sehr froh, dass wir uns trotz nachvollziehbarer Standortdiskussionen im letzten Bau- und Planungsausschuss auf einen Standort für einen zu errichtenden Skate- und Bikepark im Bereich des JHG einigen konnten. Ich denke, dass wir mit diesem Angebot eine große Zielgruppe von Kindern (ab ca. 8 Jahren) bis hin zu älteren Jugendlichen erreichen können, die oftmals in politischen Diskussionen zu kurz kommen. Hier werde ich mich persönlich dafür einsetzen, dass sich bereits bei der Planung im kommenden Jahr die jungen Nutzer aktiv in den Prozess

mit einbringen können. Die bauliche Umsetzung ist für das Jahr 2024 geplant; hierfür sind zunächst 750.000 Euro in die Finanzplanung eingestellt. Entsprechende Fördermöglichkeiten, u. a. über das Projekt LEADER werden parallel geprüft.

An dieser Stelle sei erwähnt, dass sich natürlich auch andere Projekte, wie z. B. die Erstellung eines Konzeptes für einen „Treffpunkt Bürgerpark“ (Antrag der FDP) mit 40.000 Euro oder Erstellung eines Konzeptes für einen „Mehrgenerationenplatz an der Laerbrockstraße“ (Antrag der CDU) mit 15.000 Euro in den Ansätzen im Jahr 2023 wiederfinden. Lediglich aufgrund der Vielzahl der Projekte waren diese Maßnahmen in den letzten Jahren priorisiert und zeitlich geschoben worden. Nun können einzelne Maßnahmen, die den Bürgerpark betreffen, vielleicht parallel konzeptionell angegangen werden. Zusätzlich werden Sie hier im Haushalt (im Produkt 1201010) noch 250.000 Euro für neue Brücken im Bereich der Renaturierung (südlich. Sportpark) veranschlagt sehen. Über Ausmaß und Art der Gestaltung dieser Ersatzbrücken wird entsprechend zu beraten sein.

Bauhof

Nicht unweit dieser beiden Brücken befindet sich der gemeindliche Bauhof. Angesichts des Wachstums der Gemeinde in den letzten Jahrzehnten entspricht dieser absolut nicht mehr den Anforderungen, die an effiziente Arbeitsabläufe und moderne und nachhaltige Arbeitsumgebungen gestellt werden. Zudem ist das Grundstück zu klein und die Gebäude sind technisch abgängig. Daher sind neben 100.000 Euro Planungsleistungen (je zur Hälfte aus 2022 und 2023) in den Jahren 2024 und 2025 insgesamt 3,9 Mio. Euro für die Errichtung eines neuen Bauhofes an einem neuen Standort eingestellt. Hinzu kommen 350.000 Euro für eine große PV-Anlage zur (überwiegenden) Selbstnutzung auf dem Dach des neuen Ge-

bäudes. Denn es ist unser Ziel, den Bauhof auch energetisch und ökologisch nachhaltig zu konzipieren. Für Neu- und Ersatzbeschaffungen im Fuhr- und Maschinenpark sind 343.000 Euro in 2023 veranschlagt, u. a. auch für neue E-Fahrzeuge.

Rathaus

Energetisch deutlich besser in Schuss, aber mittlerweile zu klein und nicht auf eine moderne Arbeitsumgebung ausgerichtet ist unser Rathaus, das in diesem Jahr seinen 40. Geburtstag feiert.

Verwaltungsvorstand und Personalrat möchten sehr gerne den konstruktiven und zielführenden Prozess mit dem beauftragten Büro Veldhoen & Company fortführen. Dabei geht es vielmehr um einen Umbau als eine Erweiterung, um die rd. 45% Verkehrsflächen im Gebäude insgesamt besser ausnutzen zu können. Jedoch sind damit auch veränderte Arbeitsabläufe und flexiblere Arbeitsmodelle verbunden (Stichworte: Front-Office / Back-Office, Desk-Sharing und New Work).

Viele von Ihnen konnten sich vor Ort im Rathaus in Venlo einen guten Einblick davon verschaffen, wie eine flexible, digitale sowie bürger- und mitarbeiterfreundliche Verwaltung durch eine funktionale Architektur begünstigt wird. Im Haushalt sind für die Fortführung des Prozesses und für konkretisierende Planungen Mittel in die Finanzplanung (2024 und 2025) eingestellt. Um dem dringenden Raumbedarf gerecht werden zu können und erste Veränderungen gemeinsam mit den Beschäftigten testen zu können, ist die Herrichtung einer ersten Musterfläche im Erdgeschoss des Nebengebäudes Münsterstraße 32 (Treffpunkt) vorgesehen. Hierfür werden 200.000 Euro für die notwendigen Umbau- und Einrichtungsmaßnahmen im Produkt 1005010 vorgehalten. Da es sich überwiegend um einen Ansatz für entsprechende Möblierung handelt, sind diese Mittel im Vorgriff auf eine spätere Umsetzung (auch an anderer Stelle) weiter nutzbar.

Angesichts der schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen wurden die Ansätze für eine bauliche Realisierung jedoch zeitlich geschoben. Ein Ansatz von 5,0 Mio. Euro ist erst in der Finanzplanung 2026 eingestellt (→ Weitere Mittel wären ab 2027 einzustellen).

Auch weitere gewohnte Ansätze finden sich nicht in diesem Haushalt.

So sahen wir uns bereits in den verwaltungsinternen Haushaltsgesprächen gezwungen, entsprechende Aufwandseinsparungen vorzunehmen. Im Ergebnis wurden im zu planenden und dem folgenden Haushaltsjahr insgesamt Reduzierungen von 760.000 Euro vorgenommen (2023: 415.000 Euro und 2024: 345.000 Euro). Dabei wurden insbesondere die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, die sonstigen ordentlichen Aufwendungen sowie investive Ansätze in den Blick genommen.

So wurden z. B. die Ansätze für Maßnahmen der Wohnumfeldverbesserung, aber auch für die Straßen- und Wegeunterhaltung reduziert bzw. ausgesetzt.

Eigentlich hatte ich beabsichtigt, die Ansätze für die Sanierung der Wirtschaftswege aufzustocken, was bei der Fülle an Projekten und den extremen Kostensteigerungen den Haushalt jedoch noch mehr belastet hätte. Für das Jahr 2023 ist das Aussetzen des Wirtschaftswegebudgets insofern vertretbar, als dass die Pilgerroute D7 (ebenfalls ein Wirtschaftsweg) weiter saniert wird. Hier stehen in 2022/2023 insgesamt rd. 300.000 Euro zur Verfügung. Auch wird die Nonnenbachbrücke im Schölling, die die Gemeinde Senden und die Stadt Dülmen verbindet, neu gebaut. Die Maßnahme wird über die Stadt Dülmen baulich abgewickelt, die Gemeinde Senden steuert dazu ebenfalls 300.000 Euro bei.

Klimawandel und Mobilität

Auch das bisherige Klimaschutzbudget, welches in 2022 auf 200.000 Euro erhöht worden war, wird in 2023 wieder auf 100.000 Euro herabgesetzt. Dennoch, und das möchte ich hier ausdrücklich betonen, wird an diesem wichtigen Thema nicht gespart! Trotz und gerade wegen steigender Energiepreise und problematischer Energie-Abhängigkeiten werden energetische Sanierungen, der Ausbau erneuerbarer Energien sowie Veränderungen im Mobilitätsverhalten wichtiger und auch wirtschaftlicher.

Direkt können wir auf unsere eigenen Liegenschaften einwirken. Die Errichtung eines Wärmeverbundes im Schulpark (1,15 Mio. Euro) soll in 2023 mit einer beantragten Förderung realisiert werden. Dieses Vorhaben wird auch im Hinblick auf bisherige Gasabhängigkeiten prioritär behandelt. Die Installation von sieben geplanten Photovoltaikanlagen in 2022 verzögerte sich leider. Trotz mehrfacher Ausschreibungen und persönlicher Ansprache verschiedener Unternehmen sorgten volle Auftragsbücher sowie Material- und Personalmangel dafür, dass keine Angebote abgegeben wurden. Die Realisierung erfolgt nun in 2023 (920.000 Euro). Dies wird den Zukauf von Strom und die damit einhergehenden Kosten und CO₂-Emissionen für die Schulen signifikant verringern.

Ein großer Energie-Verbraucher bleibt das Cabrio – Bad. Hier müssen nachhaltige Alternativen untersucht werden.

Mit Blick auf die eigenen Liegenschaften wird ein Schwerpunkt bei der Vermeidung bzw. Senkung des Energieverbrauches liegen. Niedrigere Raumtemperaturen und die Absenkung der Straßenbeleuchtung sorgen für Energieeinsparungen. Gleichzeitig wird die sukzessive Umrüstung auf LED-Beleuchtung bei den Straßenlaternen, in Klassenräumen, Kindergärten und Sportstätten vorangetrieben. Bei allen Maßnahmen werden möglichst Fördermittel in Anspruch genommen.

Für Klimaschutzmaßnahmen sowie Maßnahmen zur Abmilderung der Klimafolgen sind an verschiedenen Stellen des Haushaltes umfangreiche Mittel vorgesehen. Allein in 2023 sind Investitions- und Unterhaltungsansätze in Höhe von rd. 5,9 Mio. Euro geplant. Durch das in Arbeit befindliche Radverkehrskonzept werden sich noch weitere Maßnahmen ergeben, die hier noch nicht veranschlagt sind.

Fazit:

Der Ihnen vorliegende Haushaltsplanentwurf ist gezeichnet durch verschiedene sich überlappende Krisen, die sich ganz erheblich auf unterschiedliche Aufwandspositionen auswirken. Er kann daher nur durch einen großen Griff in die Ausgleichsrücklage „fiktiv“ ausgeglichen werden. Trotz des Dauerkrisenmodus, in dem sich die Kommunen seit Jahren befinden, werden immer neue Aufgaben ohne auskömmliche Finanzierung auf die Kommunen abgewälzt und hohe gesetzliche Standards auf Ebene der Landschaftsverbände und Kreise werden über Umlagen den Kommunen in Rechnung gestellt. Wenn diese Rekordausgaben und –aufgaben in eine Zeit der Stagflation fallen, dann läuft wohl etwas mächtig schief in unserem Staat.

Neben dem Tages- und Krisengeschäft gehen wir hier vor Ort seit Jahren auch die zentralen Zukunftsaufgaben an. Dafür setzt der aktuelle Haushaltsentwurf wieder die richtigen Weichenstellungen mit Investitionen in den Schulstandort, in das Ehrenamt, in den Katastrophenschutz, in den Wohnungsbau, in Maßnahmen zur Gestaltung des demographischen Wandels, in den Klimaschutz oder in die Digitalisierung vor Ort und noch so einiges mehr. Der 53 Mio. Euro (!) schwere Ergebnisplan umfasst noch viele weitere Positionen, wie z. B. Ausgaben zur Entwicklung des Schloss Sendens.

Doch zur Kehrseite der Medaille gehört, dass dieser Haushalt – *zumindest kurzfristig (und hoffentlich nicht länger!)* – den Ansprüchen an eine nachhaltige Haushaltswirtschaft nicht gerecht wird. Von den uns selbst gesetzten fünf strategischen Haushaltszielen können im aktuellen Haushaltsplannentwurf lediglich zwei Ziele erreicht werden. Den geplanten Auszahlungen im Finanzplan in Höhe von 65,6 Mio. Euro (!) stehen lediglich erwartete Einzahlungen in Höhe von rd. 56,2 Mio. Euro gegenüber. Dieses Niveau können wir vielleicht ein bis zwei Jahre verkraften, doch je eher wir hier aktiv gegensteuern, umso besser! Daher wird der Kämmerer zu Anfang Februar die politischen Vertreter im Rat wieder zu einem Arbeitskreis Haushaltskonsolidierung einladen.

Doch die kommunale Handlungsfähigkeit wird auch davon abhängen, wie sich einerseits die Umlagen des Kreises und des LWL sowie andererseits die Zuweisungen von Bund und Land entwickeln werden. Denn nur wenn den Kommunen eine auskömmliche Finanzausstattung bleibt, können wir uns vor Ort den so wichtigen Themen unserer Zeit entsprechend widmen. Die Ursachen der aktuellen Krisen liegen nicht bei den Kommunen, viele Lösungen müssen aber vor Ort erarbeitet werden.

Zum Schluss meiner Rede möchte ich den Beschäftigten der Gemeindeverwaltung meinen ausdrücklichen Dank aussprechen.

Kommen wir eigentlich irgendwann nochmal aus dem Krisenmanagement heraus? Die letzten Jahre haben uns allen viel abverlangt. Dennoch haben wir trotz gefühltem Dauerkrisenmodus in der Vergangenheit viel Positives angestoßen und auch umgesetzt. Und auch finanziell stehen wir besser da, als viele andere Kommunen und als wir es erwarten konnten. Das macht Mut für die Zukunft!

Auch Ihnen, sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderates, möchte ich für die konstruktive Zusammenarbeit in turbulenten Zeiten danken! Ich denke, dass wir unsere Gemeinde durch kluge politische Entscheidungen und Priorisierungen in schwierigen Zeiten krisenfest gemacht haben. Wir sind daher für die kommenden großen Herausforderungen gut gewappnet und haben es in der Hand, durch eine sparsame und vorausschauende Politik dafür zu sorgen, dass dieses auch so bleibt.

Ich freue mich auf lebhafte und konstruktive Haushaltsberatungen in den Fraktionen und Fachausschüssen. Sollten Sie Fragen zum Haushaltsplannentwurf haben, scheuen Sie sich nicht, das Team der Kämmerei anzusprechen! Ansonsten möchte ich Ihnen die Lektüre des Vorberichtes natürlich besonders empfehlen.

Ich wünsche Ihnen frohe und besinnliche Feiertage und möchte meine Haushaltsrede mit einem Zitat von Konfuzius enden:

„Wenn sich Wohlstand einstellt, brauche ihn nicht vollständig auf.“

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Sebastian Träger